

Inhaltsverzeichnis

	Abkürzungsverzeichnis	XVII
	Literaturverzeichnis	XVIII
<u>1. Teil:</u>	Einleitung	1
§ 1	Gegenstand und Abgrenzung der Untersuchung	1
1.	Kennzeichnung des Untersuchungsgegenstandes	1
2.	Abgrenzung und Verdeutlichung des Themas	3
2.1	Nichtberücksichtigung von Maßnahmen der formellen Prozeßleitungen	3
2.2	Zusammenhang mit dem Problem der Wahrheitsfindung	3
2.3	Kein allgemeiner Beitrag zum Thema "Verfahrensbeschleunigung", aber zum Thema "Verhandlungsmaxime"	4
§ 2	Prämissen	5
1.	Anhaltspunkte in der Rechtstatsachenforschung	5
2.	Sachaufklärung und Rechtsanwendung	8
3.	Prozeßzweck	8
3.1	Zusammenhang zwischen Untersuchungsgegenstand und der Frage nach dem Prozeßzweck	8
3.2	Eigene Prämisse	10
3.3	Sozialer Bezug des Zivilprozesses	13
<u>2. Teil:</u>	Die Bedeutung der Verhandlungsmaxime in Wissenschaft, Lehre und Kommentarliteratur der Gegenwart	19
§ 3	Die Verhandlungsmaxime als Verfahrensgrundsatz	19
1.	Die Anerkennung der Verhandlungsmaxime und ihre gesetzliche Grundlage	19

2.	Verhandlungsmaxime - Naturgesetz oder Zweckmäßigkeitsgesetz	21
§ 4	Inhalt und Bedeutung der Verhandlungsmaxime	28
1.	Die Problematik	28
2.	Richterliche Sachaufklärung als Ausnahme von der mit der Verhandlungsmaxime gegebenen Regel	29
3.	Die Verhandlungsmaxime als Schranke vor der richterlichen Wahrheitssuche	35
§ 5	Verhandlungsmaxime und Wahrheitsfindung	42
§ 6	Die Negierung der Verhandlungsmaxime durch BOMSDORF	44
§ 7	Einige Aspekte der Verhandlungsmaxime in der gegenwärtigen Lehrbuch- und Kommentarliteratur	53
1.	Lehrbücher	53
2.	Kommentare	57
§ 8	Zusammenfassung zum 2. Teil	60
<u>3. Teil:</u>	Die Vorbereitung der mündlichen Verhandlung durch den Richter	62
§ 9	Vorbereitung der mündlichen Verhandlung und Verfahrensbeschleunigung	62
1.	Zusammenhang zwischen Terminsvorbereitung und Verfahrensbeschleunigung	62
2.	Richtertyp und Art der Verhandlungsvorbereitung	63
3.	Verfahrensart und Verhandlungsvorbereitung	64
§ 10	Richterliche Vorbereitung der mündlichen Verhandlung und Verhandlungsmaxime	66
1.	Der Einfluß richterlicher Vorbereitungsmaßnahmen auf die Parteiherrschaft im allgemeinen	66
2.	Die Auslegung des § 272 b ZPO	69

2.1	Die Verhandlungsmaxime als Richtschnur bei der Auslegung des § 272 b ZPO	70
2.2	Wortlaut und Entstehungsgeschichte des § 272 b ZPO	72
2.3	Die ratio legis des § 272 b ZPO	73
2.3.1	Provisorischer Charakter der Vorbereitungsmaßnahmen - Bezug zur mündlichen Verhandlung	74
2.3.2	Rechtliches Gehör und richterliche Hinweispflicht	76
2.3.3	Wahrheitsfindung	76
2.3.4	Abgrenzung der Funktionen von vorbereitendem Richter und Kollegium	77
2.3.5	Richterliche Unparteilichkeit	80
2.3.6	Prozeßökonomie	81
<u>I. Teil:</u>	Die einzelnen richterlichen Vorbereitungsmaßnahmen	82
I. Kapitel:	Ergänzung und Erläuterung der vorbereitenden Schriftsätze	82
i 11	Inhaltliche Steuerung des Parteivorbringens bei der rechtlichen Aufbereitung des Tat-sachenstoffs	82
1.	Die Intentionen des Richters bei der Sachaufklärung	82
2.	Abgrenzung zu Streitgegenstandsfragen	83
3.	Der Zusammenhang zwischen Sachaufklärung und Rechtsanwendung	84
3.1	Tatsachenselektion durch rechtliche Aufbereitung des Sachverhalts	84
3.2	Die Rechtsanwendungsproblematik	86
4.	Richterliche Hinweispflicht	92
4.1	Zulässigkeit rechtlicher Hinweise durch den Richter	93
4.2	Rechtspflicht zu rechtlichen Hinweisen	94
4.2.1	Übertragung einer Hinweispflicht aus § 139 ZPO auf das Vorbereitungsverfahren	94

4.2.2	Begründung der richterlichen Pflicht zu rechtlichen Hinweisen aus § 139 ZPO	95
4.3	Praktikabilität rechtlicher Hinweise im Vorbereitungsstadium	99
4.4	Vorwegnahme der mündlichen Verhandlung durch rechtliche Hinweise	103
5.	"Geheimhaltungsinteressen" der Parteien	104
§ 12	Inhaltliche Steuerung des Parteivorbringens durch vollständige Sachaufklärung	108
1.	Richterliche Beeinflussung des Parteivorbringens bei der Vervollständigung des Tat-sachenmaterials im allgemeinen	108
2.	Gründe für die Zurückhaltung von Prozeß-stoff durch die Parteien	110
3.	Notwendigkeit der Bildung von Fall-gruppen	111
3.1	Der Richter fragt nach Einzelheiten, be-vor eine Partei erklärt hat, hierzu solle nichts vorgetragen werden	111
3.1.1	Parteien beantworten die Richterfragen, obwohl sie Gründe hätten zu schweigen	112
3.1.2	Beide Parteien erklären auf die Frage des Richters, sich nicht äußern zu wollen	113
3.1.2.1	Die Parteien geben keine Begründung für ihren Nichtvortrag	116
3.1.2.2	Die Parteien begründen ihren Nichtvor-trag	118
3.1.3	E i n e Partei verweigert die Aufklärung	121
3.2	Parteien erklären von vornherein, zu einem bestimmten Punkt nicht vortragen zu wollen	124
§ 13	Die Ergänzung des Beweismaterials	126
§ 14	Adressaten der Aufklärungsauflagen	129

2. Kapitel: Beiziehung von Unterlagen	131
§ 15 Beiziehung von Parteiunterlagen	131
1. Abgrenzung von Behauptungsauflagen	131
2. Zurückhaltung von Unterlagen durch die Parteien	133
2.1 Zurückhaltung oder Veränderung von Unterlagen durch beide Parteien	133
2.1.1 Beispiele und Fragestellung	133
2.1.2 Vorlage veränderter Unterlagen	135
2.1.3 Zurückhaltung des gesamten Inhalts von Unterlagen	138
2.2 Zurückhaltung von Unterlagen durch eine Partei	139
3. Beiziehung von Parteiakten	143
3.1 Anwendungsbereich und Auswirkung auf die Stoffsammlung	143
3.2 Die Regelung der §§ 45 - 47 HGB	146
3.3 Verwertung der Tatsache, daß Parteiakten ganz oder teilweise nicht vorgelegt werden	147
§ 16 Beiziehung von Unterlagen, die sich nicht im Parteibesitz befinden	150
1. Beiziehung von Behördenakten und -urkunden	150
1.1 Gesetzliche Grundlage, Abgrenzung zur Beiziehung von Parteiunterlagen	150
1.2 Beispiele	152
1.3 Bezugnahme der Parteien auf Beiakten	153
1.4 Fehlende Bezugnahme der Parteien auf Beiakten	155
1.4.1 Behauptungsbedürftigkeit von Tatsachen, die sich aus beigezogenen Akten ergeben	155
1.4.2 Sperrbefugnis der Parteien hinsichtlich der Aktenbeiziehung und der Verwertung amtswegig beigezogener Akten	159

1.4.3	Informationsrecht der Parteien	163
2.	Beziehung des Tagebuchs eines Handelsmaklers	164
3.	Kapitel: Einholung von Auskünften	164
§ 17	Einholung amtlicher Auskünfte	164
§ 18	Zeugenauskünfte	167
§ 19	Einholung privater Auskünfte	170
4.	Kapitel: Sachverständigengutachten	172
§ 20	Allgemeine Kennzeichnung des Sachverständigengutachtens unter dem Gesichtspunkt der Stoffsammlung	172
1.	Mitteilung von Erfahrungssätzen	173
2.	Schlußfolgerungen aus Erfahrungssätzen bei teilweiser Ermittlung der Anknüpfungstatsachen durch den Sachverständigen	173
§ 21	Tatsachenergänzung durch Sachverständige bei beantragter Begutachtung	176
1.	Kein globales Parteieinverständnis mit Sachverhaltsermittlung durch den Sachverständigen	176
2.	Notwendige Ergänzung des Parteivortrages durch sachverständig ermittelte Tatsachen	177
3.	Rechtsprechung und Lehre zur Tatsachenermittlung durch Sachverständige	181
§ 22	Tatsachenergänzung durch Sachverständige bei von Amts wegen angeordneter Begutachtung	183
§ 23	Bericht des Sachverständigen über Tatsachenwahrnehmungen	186

§ 24	Verwertung der vom Sachverständigen ermittelten Tatsachen	187
5. Kapitel:	Einnahme des Augenscheins	191
§ 25	Die Besonderheit des Augenscheins als Informations- und Beweismittel	191
§ 26	Augenschein zur Information und zum Beweis	194
§ 27	Einführung neuen Tatsachenstoffs anlässlich eines Informationsaugenscheins	196
1.	Parteiöffentlichkeit	196
2.	Einführung und Verwertung der neuen Tatsachen	197
3.	Verwertung von Tatsachen, die nicht der Vervollständigung des vorgetragenen Sachverhaltsbildes dienen	200
4.	Sperrbefugnis der Parteien	201
6. Kapitel:	Sonstige Aufklärungsmaßnahmen	203
§ 28	Anordnung des persönlichen Erscheinens des Parteien, Ladung von Zeugen und Sachverständigen	203
§ 29	Sonstige "angebracht erscheinende" Anordnungen im Sinne des § 272 b Abs. 1 ZPO	204
<u>5. Teil:</u>	Verhandlungsmaxime und Verfahrensbeschleunigung	206
§ 30	Zusammenfassung der bisherigen Ergebnisse zu den einzelnen Aufklärungsmaßnahmen	206
1.	Inhaltliche Steuerung des schriftsätzlichen Parteivorbringens	206
2.	Anforderung von Parteiunterlagen	207
3.	Beziehung von Behördenakten	208

4.	Einholung von Auskünften	208
5.	Sachverständigengutachten	209
6.	Augenscheinseinnahme	210
§ 31	Vergleich der Einzelergebnisse	211
1.	Die Vorherrschaft des Richters bei der Stoffsammlung	211
2.	Die Funktion der rechtlichen Hinweispflicht - "Zusammenarbeit" zwischen Richter und Parteien?	214
§ 31	Neubestimmung der Verhandlungsmaxime	215
1.	Die Elemente der Verhandlungsmaxime	215
2.	Abgrenzung zur Untersuchungsmaxime	218
3.	Die Formulierung der Verhandlungsmaxime	220
3.1	Unzulänglichkeit einer Kurzformel	220
3.2	Folgen des Fehlens einer knappen Formel	221
3.2.1	Wissenschaft, Praxis und Ausbildung	221
3.2.2	Gerechtes Verfahren	221
3.3	Ergebnis	225